

Die Internationale Gemeinschaft soll gegenüber den Albanern so streng sein, wie sie es gegenüber Milošević war

Interview mit dem serbisch-orthodoxen Bischof Artemije von Raška-Prizren (Kosovo)

Klaus Buchenau, Berlin

Bei den jüngsten Unruhen im Kosovo vom 17. bis 20. März 2004 wurden mehr als 4000 Serben vertrieben, zahlreiche Häuser niedergebrannt und über 30 orthodoxe Kirchen und Klöster zerstört. Der serbisch-orthodoxe Bischof der Provinz Artemije (Radosavljević) nimmt dies zum Anlass, von der Internationalen Gemeinschaft eine Kehrtwende in der praktischen Politik einzufordern. Bischof Artemije ist in den letzten Jahren international bekannt geworden durch sein Lobbying für die Kosovo-Serben, aber auch durch seine Kritik am ehemaligen jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milošević.



Wie ist es zu den Ereignissen des 17. März in Kosovo gekommen?

Der 17. März ist Folge jener Politik, die die Internationale Gemeinschaft fünf Jahre lang in Kosovo betrieben hat. Sie ist in dieser Zeit vor Verbrechen zurückgewichen und hat sie toleriert. Unter der Herrschaft der Vereinten Nationen

sind schon vor dem 17. März zwei Drittel der Serben aus Kosovo und Metohija vertrieben worden, 250.000 Menschen. Gleichzeitig wurden über 1.300 Serben getötet, genauso viele wurden entführt, und wir wissen bis heute nichts über ihr Schicksal. Hunderte von Dörfern wurden dem Erdboden gleichgemacht, 115 Kirchen und Klöster angezündet und zerstört, viele davon aus dem 14., 15. und 16. Jahrhundert. Nicht ein einziges Verbrechen an Serben ist aufgeklärt worden. Auf diese Weise hat die Internationale Gemeinschaft auch den 17. März ermöglicht.

Liegt das an der Unfähigkeit oder am Unwillen der Internationalen Gemeinschaft?

Es fehlt der politische Wille. Ich glaube, dass sich die Internationale Gemeinschaft nicht mit den extremen Albanern anlegen will. Denn sie weiß, dass es dann viele Opfer auf der eigenen Seite geben würde, in der KFOR und bei der UNMIK usw.

Wie bewerten Sie den Einsatz der deutschen KFOR-Truppen bei den jüngsten Ausschreitungen in Prizren?

Wie bekannt ist, haben sie unsere Kirchengebäude kampflös der Zerstörung preisgegeben und die bedrohten Serben evakuiert. Ich denke, dass die deutschen Truppen nach Kosovo gekommen sind, um Menschenleben zu schützen, aber auch Eigentum, Heiligtümer und Kulturdenkmäler. Denn es gibt kein Leben ohne Häuser, ohne Kirche. Wir empfinden das als eine Teilnahme an der ethnischen Säuberung der Serben. Das muss keine bewusste Strategie sein, aber so sieht es für uns aus. In Prizren gibt es keine Serben mehr. Die 35 Personen, die evakuiert wurden, befinden sich in der deutschen Basis, sie haben keinen

Ort, an den sie zurückkehren könnten. Sie werden Kosovo verlassen müssen.

Was kann die Internationale Gemeinschaft tun, wenn sie eine Resolution durchsetzen soll, die vorsieht, dass Kosovo bei Serbien bleibt? Die Albaner lehnen das ja bekanntlich ab.

Sie kann viel, das hat sie in der Vergangenheit gezeigt. Sie hat Serbien drei Monate lang bombardiert und unschuldige Opfer verursacht, um dann den Albanern zu ermöglichen, derartige Verbrechen zu begehen. Ist Serbien zu diesem Zweck bombardiert worden? Die Internationale Gemeinschaft soll gegenüber den Albanern so streng sein, wie sie es gegenüber Milošević war.

Früher haben Sie Slobodan Milošević heftig für seine Repression der Kosovo-Albaner kritisiert. Ist die heutige Situation nicht auch eine Folge der Milošević-Ära?

Wegen Milošević gibt es heute immer noch Verständnis für albanische Verbrechen – das sei angeblich Rache. Wenn das stimmen würde, dann würden sich die Verbrechen gegen jene richten, die früher selbst Verbrechen an Albanern begangen haben. Aber hier werden unschuldige Menschen, Kirchen und Klöster angegriffen, die die Albaner sogar verteidigt haben. Ich darf daran erinnern, was die Mönche von Dečani gemacht haben. [Die Bruderschaft von Dečani leistete im Vorfeld der NATO-Intervention notleidenden Albanern humanitäre Hilfe und propagierte über ihre Internetseite eine gewaltfreie Lösung des Konflikts, K.B.J. Meine Priester in Prizren haben den Albanern in Zeiten des Leids geholfen. Heute geht es nicht um Rache, sondern darum, alle Serben aus dem Kosovo zu tilgen, egal ob es sich um Kinder oder um einen 90-jährigen Greis handelt.

Gibt es an Ihrem Bischofssitz in Gračanica noch Albaner, die mit Ihnen kommunizieren oder gar zusammenarbeiten?

Nein, denn man erlaubt es ihnen nicht. Die Terroristen terrorisieren Serben und Albaner gleichermaßen. Aber ich glaube, dass es unter den Albanern Menschen gibt, die an Frieden, Freiheit und einem gemeinsamen Leben interessiert sind. Aber sie können sich heute nicht dazu bekennen. Denn die albanischen Terroristen haben vielleicht

noch mehr Albaner auf dem Gewissen als Serben. Aber es gibt auf jeden Fall Menschen, die als gute Nachbarn mit den Serben zusammenleben würden, so wie früher. Die Internationale Gemeinschaft würde einen irreparablen Fehler begehen, wenn sie gegenüber den Terroristen im Kosovo nachgibt und ihnen das gibt, was sie auf gewaltsamem Weg erreicht haben.

Aber die Unabhängigkeit wollen nicht nur die Terroristen?

Aber das ist doch kein Argument. Erstmal müssen die wichtigsten Terroristen ausgeschaltet werden, und dann werden wir sehen, wie sich das Volk verhält.

Fordert die Kirche immer noch, Kosovo zu kantonisieren?

Nein. Die Internationale Gemeinschaft hört das Wort Kantonisierung nicht gern. Wir sprechen lieber von Dezentralisierung, das habe ich gesagt, und auch die Regierung in Belgrad sieht das so. Wenn die Macht nicht allen Bürgern zugänglich ist, dann kann sie nicht demokratisch sein. Wir zum Beispiel gehören offiziell zur Kommune Priština. Aber niemand von den Serben aus Gračanica, Čaglavica usw. kann nach Priština fahren, weil das lebensgefährlich wäre. Darum brauchen wir eine Kommune in Gračanica, wo wir unsere Bedürfnisse erfüllen können. Wir wollen nicht Kosovo teilen, sondern die Macht und die Verantwortung. Ich war immer gegen die territoriale Aufteilung Kosovos. Denn überall in Kosovo sind unsere Kirchen.

Nehmen wir einmal an, die Albaner würden einer Dezentralisierung zustimmen. Wo sollen die Serben dann ihre Autonomien erhalten?

Überall dort, wo sie auch bis 1999 gelebt haben. Auf keinen Fall dürfte man vom aktuellen Zustand ausgehen, denn

dann würde die ethnische Säuberung als vollendete Tatsache anerkannt. Die geflohenen Serben sollen also an ihre Wohnorte zurückkehren und dort ihre lokale Macht einrichten. So könnten Serben und Albaner wenigstens nebeneinander, wenn schon nicht miteinander leben. Die Zeit und eine günstige wirtschaftliche Entwicklung könnten dann bewirken, dass sich Serben und Albaner miteinander vernetzen und tatsächlich ein multiethnisches Kosovo entsteht.

Was wäre, wenn die Internationale Gemeinschaft morgen sagt: Tut uns leid, das Engagement für ein kleines Grüppchen Serben im Kosovo ist uns zu teuer, wir gehen ...

Dann wird Serbien auf den Kosovo zurückkehren und seine Macht dort errichten, und ich hoffe, dass das eine demokratische Macht wird. Es kann tatsächlich passieren, dass die Internationale Gemeinschaft die Albaner belohnt und ihnen ein unabhängiges Kosovo gibt, aber dann muss man ihnen auch ein Großalbanien erlauben. Dann werden sie sich einen Teil Makedoniens, Griechenlands und Montenegros nehmen. Wird die Internationale Gemeinschaft ihnen das gestatten? Sie wird es müssen. Aber unsere Einwilligung dazu wird sie nicht bekommen. Das wird kein Serbe erlauben. Und die Regel ist: Das, was mit Gewalt weggenommen wurde, wird mit Gewalt zurückgeholt. So eine Unabhängigkeit Kosovos wäre nichts als ein Zwischenspiel bis zum nächsten Krieg, bis zur nächsten Veränderung der internationalen Konstellation. Die Serben als Volk gibt es nicht ohne Kosovo. Kosovo ist so etwas wie unsere Legitimation, unser kollektiver Personalausweis.

Dr. Klaus Buchenau ist Wiss. Mitarbeiter am Arbeitsbereich Geschichte und Kultur am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

KLAUS BUCHENAU

Orthodoxie und Katholizismus in Jugoslawien 1945–1991. Ein serbisch-kroatischer Vergleich

(Balkanologische Veröffentlichungen 40)

Wiesbaden: Harrassowitz 2004. 484 Seiten, gb, ISBN 3-447-04847-6, EUR 98,- [D] / sFr 166,-

Nirgendwo sonst gab es eine derartige Konkurrenz zwischen katholischer und orthodoxer Kirche wie im ehemaligen Jugoslawien. Die Serbische Orthodoxe Kirche und die katholische Kirche bei den Kroaten verstanden sich als „Mütter“ ihrer Völker und als ständige bedrohte Vorposten der eigenen Tradition. Im Sozialismus wurden die Glaubensgemeinschaften marginalisiert, so dass die Problematik zeitweilig von der Bildfläche, aber nicht aus der Welt verschwand. Klaus Buchenau hat hinter die Kulissen der jugoslawischen Religionspolitik wie auch der kirchlichen Selbstdarstellung geschaut und ist dabei auf interessante Dinge gestoßen: auf eine große Bandbreite kirchenpolitischer Ansichten innerhalb der kommunistischen Partei, auf überforderte Religionspolitiker und auf regional sehr unterschiedliche Konfliktlinien. Gleichzeitig entsteht ein Gesamtbild. Es erzählt von einer katholischen Kirche, die organisatorisch der orthodoxen stets voraus war; von religionspolitischen Dilemmata, für die selbst wohlmeinende Religionspolitiker keine Lösung fanden; von liberalen Theologen, die in Tito-Jugoslawien wirken konnten, aber nie eine wirkliche Chance bekamen; und von nationalen Traumata, die nirgendwo so sicher aufbewahrt wurden wie in den Kirchen.